# Neue Vorschriften §

Ausgewählt von Richard Strunz, München

**Vollzug der Vertretungsverordnung (VollzBekVertrV)**
An die Stelle der bisherigen VollzBekVertrV vom 30. März 2004 mit Vollzugshinweisen zur Vertretungsverordnung (VertrV) i.d.F. vom 4. Oktober 1995, zuletzt geändert am 23. Februar 2010, tritt ab 1. Juli 2010 die von der Bayerischen Staatskanzlei und allen Bayerischen Staatsministerien erlassene Bekanntmachung. Sie ist untergliedert in 18 Nummern und Teil A. Hinweise zur Vertretungszuständigkeit, Teil B. Verfahrenshinweise, Teil C. Besondere Vorschriften und Teil D. Schlussbestimmungen.
*GemBek vom 22. Juni 2010, FMBl Nr. 7/2010 vom 9. Juli 2010, S. 158; EAPl 006, 102/neu 0061, 1020*

**Geschäftsordnung des Bayerischen Landespersonalausschusses**
Für die beim Bayerischen Staatsministerium der Finanzen eingerichtete Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses (LPA) wird eine neue Geschäftsordnung erlassen. In ihr sind die Bezeichnung, Leitung und Aufgaben der Geschäftsstelle, die allgemeinen Befugnisse der Mitglieder, die Vorbereitung der Sitzungen und die Ladung der Mitglieder, der Verlauf der Sitzung, die Beschlussfassung, die Begründung, Ausfertigung und Mitteilung der Beschlüsse, die Niederschrift, die Veröffentlichung der Beschlüsse, das Umlaufverfahren und die erneute Beschlussfassung geregelt. Die bisherige Fassung der Geschäftsordnung vom 19. April 1996 tritt ab 1. Juli 2010 mit dem Inkrafttreten der Neufassung außer Kraft.
*Bekanntmachung des Landespersonalausschusses vom 11. Mai 2010, FMBl Nr. 6/2010 vom 21. Juni 2010, S. 130; EAPl 030/neu 0302*

**Durchführung des Wehrpflichtgesetzes; Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Erfassung der Wehrpflichtigen**
Die Bekanntmachung enthält die konsolidierte Fassung der Wehrerfassungsverwaltungsvorschrift vom 27. Januar 2006 unter Berücksichtigung der Änderung vom 21. Juli 2008. Die Bekanntmachung tritt am 1. Juni 2010 in Kraft und hebt die bisherige Bekanntmachung vom 4. April 2006 auf.
*Bek des StMI vom 14. April 2010, AllMBl Nr. 5/2010 vom 28. Mai 2010, S. 139; EAPl 085/neu 0851*

**Sturmwarndienst auf bayerischen Seen**
Zur Warnung der Wassersporttreibenden auf bayerischen Seen vor Starkwind und Sturm sind die Sicherheitsbehörden gem. Art. 6 LStVG zuständig, d. h. grundsätzlich das Landratsamt. Der Warndienst gilt für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober von jeweils 7.00 Uhr bis 22 Uhr an den genannten Seen. Die Bekanntmachung befasst sich mit den Aufgaben und Zuständigkeiten, den Begriffsdefinitionen, dem Geltungsbereich und dem Verfahren. Sie gilt ab 1. Juli 2010 unter Aufhebung der geänderten Bekanntmachung vom 4. August 1986.
*Bek vom 2. Juni 2010, AllMBl Nr. 6/2010 vom 29. Juni 2010, S. 170; EAPl 093/neu 0930*

**Abwehr von Gefahren durch Kampfmittel**
Die neu gefasste Bekanntmachung enthält Hinweise, Informationen und Verhaltensregeln zu den Gefahren durch Kampfmittel sowie zur Abwehr dieser Gefahren. Sie ist gegliedert in die Teile Ziele und Zweck, Begriffsbestimmung, Verantwortlichkeit und Zuständigkeiten, Kampfmittelbeseitigungsdienst, polizeiliche Maßnahmen beim Fund „alter" Kampfmittel sowie beim Fund von Handfeuerwaffen und deren Munition sowie beim Fund „neuer" Kampfmittel, Vorgehen bei möglicherweise kampfmittelbelasteten Grundstücken, Bebauung von Grundstücken sowie Internetseite, Adresse von Fachfirmen. Die Bekanntmachung tritt am 1. Mai 2010 in Kraft und ersetzt die bisherige Bekanntmachung vom 20. Juli 2007.
*Bek des StMI vom 15. April 2010, AllMBl Nr. 5/2010 vom 27. Mai 2010, S. 136; EAPl 135/neu 1350*

**Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)**
Neu eingefügt werden u. a. Art. 113a „Automatisiertes Verfahren zur Unterstützung der Schulverwaltung" und Art. 113b „Statistik", der bisherige Art. 113a wird Art. 113c. Das Gesetz tritt im Wesentlichen am 1. Juni 2010 in Kraft.
*G vom 20. Mai 2010, GVBl Nr. 10/2010 vom 27. Mai 2010, S. 230, BayRS 2230-1-1-UK; EAPl 200/neu 2000 ff.*

**Zweite Änderung der Bekanntmachung über Aufgaben der Gemeinden beim Vollzug des Bestattungsgesetzes (BestBek)**
Es werden zehn Nrn. der geänderten Bekanntmachung vom 12. November 2002 geändert bzw. neu gefasst, insbesondere die Nr. 2.2.2 (Benutzungszwang) und die Nr. 2.4 (Vorschriften über die gewerbliche Tätigkeit auf Friedhöfen) mit den Nrn. 2.4 bis 2.4.5 und Nr. 3.3.3 (Kostenübernahme durch Sozialhilfeträger). Die Bekanntmachung tritt am 1. Juni 2010 in Kraft.
*Bek vom 7. Mai 2010, AllMBl. Nr. 5/2010 vom 28. Mai 2010, S. 127; EAPl 550/neu 550*

**Förderung von Mütterzentren**
Gefördert werden Einrichtungen der Familienselbsthilfe. Zuwendungsempfänger sind rechtsfähige und gemeinnützige Personenvereinigungen als Träger von Mütterzentren. Erwachsenen- und Familienbildungsstätten können nicht bezuschusst werden. Gefördert wird im Rahmen einer Projektförderung durch Festbetragsfinanzierung.

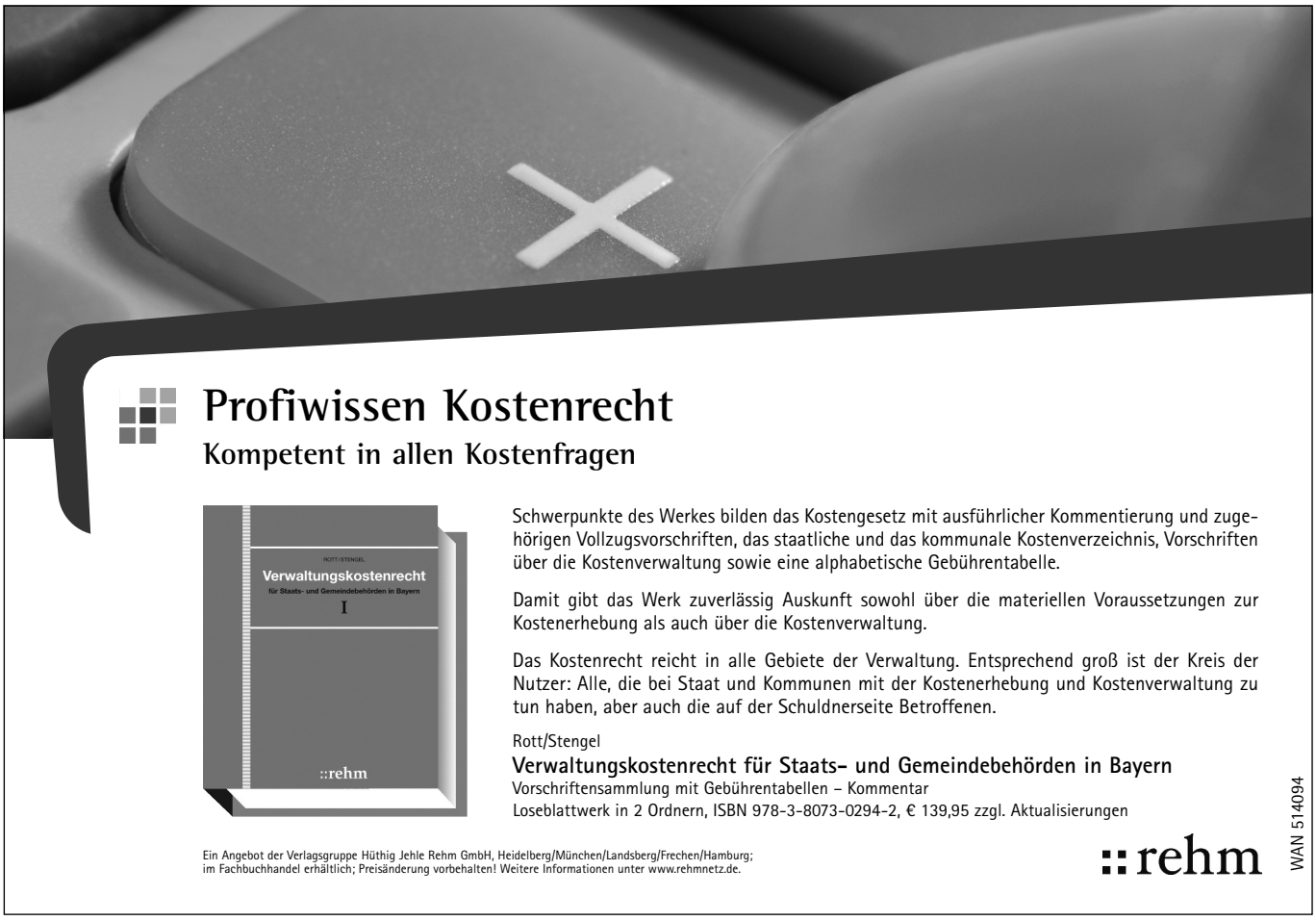
Zuständig ist das Zentrum Bayern Familie und Soziales für das Bewilligungs-, Verwendungsnachweis- und Rückforderungsverfahren. Die Richtlinie tritt am 1. Januar 2010 in Kraft, sie gilt bis 31. Dezember 2012.
*Bek des StMAS vom 17. März 2010, AllMBl Nr. 5/2010 vom 28. Mai 2010, S. 156; EAPl 511/neu 4836*

**Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (Immobilienwertermittlungsverordnung – ImmoWertV)**
Auf der Grundlage von § 199 Abs. 1 BauGB regelt die Verordnung die Ermittlung der Verkehrswerte (Marktwerte) von Grundstücken, ihrer Bestandteile sowie ihres Zubehörs und die Ableitung der für die Wertermittlung erforderlichen Daten einschließlich der Bodenrichtwerte. Die Verordnung enthält 24 Paragraphen und in der Anlage 1 die Barwertfaktoren für die Kapitalisierung und in der Anlage 2 die Barwertfaktoren für die Abzinsung. Die Verordnung tritt am 1. Juli 2010 in Kraft. Sie löst die geänderte Verordnung vom 6. Dezember 1988 ab.
*V vom 19. Mai 2010, BGBl I Nr. 25/2010 vom 27. Mai 2010, S. 639, FNA: neu: 213-1-7; 213-1-5; EAPl 612/neu 6121*

**Verordnung zur Berechnung von Ablösungsbeträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz, dem Bundesfernstraßengesetz und dem Bundeswasserstraßengesetz (Ablösungsbeträge-Berechnungsverordnung – ABBV)**
Der von den verpflichteten Kreuzungsbeteiligten für die Erhaltungskosten (Unterhaltungs- und Erneuerungskosten) zu zahlende Ablösungsbetrag wird durch die Gegenüberstellung der kapitalisierten Erhaltungskosten der alten und neuen baulichen Anlagen nach der Anlage zu der Verordnung ermittelt. Die Anlage ist gegliedert in Kap. I Begriffe, Kap. II Berechnung und Kapitalisierung, Kap. III Kostenermittlung und Kap. IV Tabellen der Theoretischen Nutzungsdauern und der Prozentsätze der jährlichen Unterhaltungskosten. Die Verordnung tritt am 13. Juli 2010 in Kraft.
*V vom 1. Juli 2010, BGBl I Nr. 35/2010 vom 12. Juli 2010, S. 856, FNA: neu: 910-1-3; EAPl 631, 641, 850/neu 6310, 641, 8500*

**Verordnung zur Einteilung landwirtschaftlicher Flächen nach dem Grad der Erosionsgefährdung (Erosionsschutzverordnung – EschV)**
Die Verordnung wurde auf Grund des Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes, der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung und der Delegationsverordnung erlassen. Sie regelt in sechs Paragraphen die verbindliche Einteilung der landwirtschaftlichen Flächen nach dem Grad der Wasser- und Winderosionsgefährdung sowie die von der DirektZahlVerpflV abweichenden Anforderungen zum Schutz des Bodens

ANZEIGE



vor Erosion. Die Verordnung tritt unter Aufhebung von § 5 der Verordnung zur Umsetzung der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (BayGAPV) am 1. Juli 2010 in Kraft.
*V vom 17. Juni 2010, GVBl Nr. 12/2010 vom 30. Juni 2010, S. 292, BayRS 7841-3-L; EAPl 710/neu 717*

**Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Fischereigesetzes für Bayern**
Die Überschrift lautet künftig „Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes (AVBayFiG)". Die Inhaltsübersicht über die 33 Paragraphen wird neu gefasst. Es folgen umfangreiche Änderungen des Textes in den Nrn. 3 bis 41 der Verordnung, die am 1. Juli 2010 in Kraft treten.
*V vom 3. Juni 2010, GVBl Nr. 12/2010 vom 30. Juni 2010, S. 279, ber. GVBl Nr. 13/2010 vom 15. Juli 2010, S. 309, BayRS 793-3-L; EAPl 750/neu 7550*

**Verordnung zur Anpassung der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV) sowie der Verordnung über die Vergabe von Aufträgen im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasserversorgung und der Energieverordnung (Sektorenverordnung – SektVO)**
Die Änderungen der VgV betreffen 12 Paragraphen, insbesondere werden die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6a, 14, 17 und 23 neu gefasst bzw. geändert und ergänzt. In der SektVO werden vier Paragraphen und der Anhang 3 geändert. Die Änderungen treten am 11. Juni 2010 in Kraft.
*V vom 7. Juni 2010, BGBl I Nr. 30/2010 vom 10. Juni 2010, S. 724, FNA: 703-5-1, 703-5-2; EAPl 804/neu 8040*

**Einführung der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) Ausgabe 2009 und der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) Ausgabe 2009**
Die VOL/A wurde durch den Vergabe- und Vertragsausschuss für Leistungen als VOL/A – Ausgabe 2009 neu gefasst. Sie tritt an die Stelle der VOL/A-Ausgabe 2006. Desgleichen wird die VOF 2006 durch die VOF 2009 ersetzt. Die Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2010 in Kraft.
*Bek der Bayer. Staatsregierung vom 16. Juni 2010, StAnz Nr. 25/2010 vom 25. Juni 2010, S. 1; EAPl 804/neu 8040*

**Änderung der Bekanntmachung über die Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich**
Die Bekanntmachung vom 14. Oktober 2005 wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in 15 Nummern geändert. Die Bekanntmachung tritt am 1. Juli 2010 in Kraft.
*Bek des StMI vom 21. Juni 2010, StAnz Nr. 25/2010 vom 25. Juni 2010, S. 1, EAPl 804/neu 8040*

**Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)**
Auf die Novellierung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teile A und B) und des Teils C der VOB wird hingewiesen. Die Teile werden ab 1. Juli 2010 unter Aufhebung der VOB 2006 eingeführt.
*Bek OBB im StMI vom 18. Juni 2010, StAnz Nr. 25/2010 vom 25. Juni 2010, S. 2; EAPl 804/neu 8040*

**Gesetz zur Abschaffung des Finanzplanungsrates und zur Übertragung der fortzuführenden Aufgaben auf den Stabilitätsrat sowie zur Änderung weiterer Gesetze**
Mit Art. 1 des Gesetzes werden § 51a des Haushaltsgrundsätzegesetzes aufgehoben sowie die §§ 51 und 52 geändert. Art. 2 ändert das Finanz- und Personalstatistikgesetz, Art. 3a ändert das SGB II-Grundsicherung für Arbeitsuchende und Art. 3b das Zukunftsinvestitionsgesetz. Das Gesetz tritt am 1. Januar 2010 in Kraft. Art. 3a gilt ab 3. Juni 2010 und Art. 3b seit 6. März 2009.
*G vom 27. Mai 2010, BGBl I Nr. 26/2010 vom 2. Juni 2010, S. 671, FNA: 63-14 u. a.; EAPl 900/neu 9000*

**Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes**
Das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsgesetz – FAG) wird in der ab 1. Januar 2010 geltenden Fassung unter Berücksichtigung von fünf Änderungsgesetzen seit 2006 neu bekannt gemacht.
*Bek vom 3. Juni 2010, GVBl Nr. 11/2010 vom 15. Juni 2010, S. 258, BayRS 605-1-F; EAPl 901/neu 9010*

**Steuerkraftzahlen aus der Grundsteuer und der Gewerbesteuer für 2011**
Es sind für die Steuerkraftzahlen 2011 die Ist-Einnahmen 2009 und die für 2009 festgesetzten Realsteuerhebesätze (Gewerbesteuer- und Grundsteuerbeträge 2009) mit gewissen Bereinigungen anzusetzen. Zu den Interkommunalen Gewerbegebieten und der Behandlung negativer Steuerkraftzahlen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen und die Festsetzung der Kreisumlage werden Hinweise gegeben. Die Bekanntmachung tritt am 1. Juni 2010 in Kraft.
*GemBek des StMF und des StMI vom 17. Mai 2010, StAnz Nr. 23/2010 vom 11. Juni 2010, S. 2, FMBl Nr. 6/2010 vom 21. Juni 2010, S. 133; AllMBl Nr. 6/2010 vom 29. Juni 2010, S. 181; EAPl 901/neu 9010*

**Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus**
Der Bundesminister der Finanzen wird durch das Gesetz ermächtigt, Gewährleistungen bis zur Höhe von 123 Mrd. Euro für Kredite zu übernehmen, die eine Zweckgesellschaft zur Finanzierung von Notmaßnahmen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit eines Mitgliedstaates des Euro-Währungsgebietes aufnimmt. Das Gesetz tritt am 23. Mai 2010 in Kraft.
*G vom 22. Mai 2010, BGBl I Nr. 24/2010 vom 22. Mai 2010, S. 627, FNA: neu: 660-7; EAPl 916/neu 9160*

**Verordnung über die Satzung der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSASatzV)**
Die Bundesanstalt erhält vom Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank eine neue Satzung mit elf Paragraphen, die ab 13. Juli 2010 an die Stelle der Satzung vom 20. Mai 2009 tritt.
*V vom 5. Juli 2010, BGBl I Nr. 35/2010 vom 12. Juli 2010, S. 874, FNA: neu: 630-3-3, 630-3-2; EAPl 916/neu 9160*

**Zweites Gesetz zur Änderung des Vorläufigen Tabakgesetzes**

Der neue § 21b des Vorläufigen Tabakgesetzes bringt bestimmte Verbote zur Umsetzung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste. Sponsoring, Produktplatzierung und audiovisuelle kommerzielle Kommunikation und jede sonstige Form der audiovisuellen kommerziellen Kommunikation für Tabakerzeugnisse sind künftig verboten, Verstöße können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden. Das Gesetz tritt am 13. Juli 2010 in Kraft.

*G vom 6. Juli 2010, BGBl I Nr. 35/2010 vom 12. Juli 2010, S. 848,*
*FNA: 2125-40-1-2; EAPl 921/neu 921*

**Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses (KVz)**

Die Verordnung ändert z. T. umfangreich die Anlage 1 zu § 1 KvZ in 23 Nummern und Tarifstellen. Die Verordnung tritt ab 1. Juni 2010 in Kraft.

*V vom 10. Mai 2010, GVBl Nr. 10/2010 vom 27. Mai 2010, S. 235,*
*BayRS 2013-1-2-F; EAPl 930/neu 930*


## Impressum

**DER BAYERISCHE BÜRGERMEISTER**
ZEITSCHRIFT FÜR DIE KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG
ISSN 0723-7022 63. (93.) Jahrgang

**Herausgeber**
**Bayerischer Gemeindetag**
Präsident:
Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Abensberg

**Bayerischer Städtetag**
Vorsitzender:
Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg

**Bayerischer Landkreistag**
Präsident:
Landrat Dr. Jakob Kreidl, Miesbach

**Verband der bayerischen Bezirke**
Präsident:
Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, Landshut

**Redaktion (verantwortlich)**
Katharina Hipp
Tel.: 0 89/21 83-71 72, Fax: 0 89/21 83-71 49
E-Mail: bay.buergermeister@hjr-verlag.de

**Anzeigen (verantwortlich)**
Brigitte Höpfl
Tel.: 0 89/21 83-78 17, Fax: 0 89/21 83-73 16
E-Mail: Brigitte.Hoepfl.extern@hjr-verlag.de

**Geschäftsführer**
Dr. Karl Ulrich

**Verlag, Geschäftsführer und alle Verantwortlichen**
Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH
Hultschiner Straße 8
81677 München
Tel. 0 89/21 83-72 22
Fax 0 89/21 83-73 16
www.hjr-verlag.de
Bayerische Landesbank
Konto-Nr. 36 010, BLZ 700 500 00

**Vertrieb und Aboservice**
Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG,
Abonnentenservice
Jutta Müller
Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg
Tel.: 0 81 91/9 70 00-6 41
E-Mail: aboservice@hjr-verlag.de

**Erscheinungsweise, Bezugspreise und -bedingungen**
DER BAYERISCHE BÜRGERMEISTER erscheint monatlich, jeweils am Monatsanfang.
Die Juli- und August-Ausgabe erscheinen als Doppelheft.
Jahresabonnement € 139,95 zzgl. € 20,– Versandkosten; Einzelheft € 19,95 zzgl. Versandkosten.
Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt.
Der Abonnementspreis wird im Voraus in Rechnung gestellt. Das Abonnement verlängert sich zu den jeweils gültigen Bedingungen um ein Jahr, wenn es nicht mit einer Frist von 8 Wochen zum Ende des Bezugszeitraumes gekündigt wird.

**Anzeigen**
Gültig sind die Mediadaten 2010 (Preisliste Nr. 23).



**Urheber- und Verlagsrecht**
Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge, auch die bearbeiteten Gerichtsentscheidungen und Leitsätze, sind urheberrechtlich geschützt. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache, übertragen werden.

**Manuskripte**
Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung der Beiträge überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version bleibt beim Verlag



**Satz**
Satz+Layout Peter Fruth GmbH,
Truderinger Straße 217, 81825 München

**Druck**
AZ Druck und Datentechnik GmbH,
Heisinger Str. 16, D-87437 Kempten

**Bildnachweis**
© Umschlagbilder: Bilderbox